

Der 15. Oktober wird neuer Wahltag

Das Kabinett nahm am 30. Mai 2006 den Vorschlag der Wahlkommission an, den 15. Oktober 2006 als Datum für neue landesweite Wahlen festzulegen. Die Wahlkommission schlug den neuen Wahltag vor, nachdem das Verfassungsgericht die kontroversen Wahlen vom 2. April mit der Begründung, dass sie verfassungswidrig gewesen seien, annullierte. Sie setzte zunächst den 22. Oktober als Datum fest, änderte aber das Datum später, da es in den Ramadan, den heiligen Fastenmonat der Muslime, gefallen wäre. Auf einer von den drei wichtigsten Oppositionsparteien boykottierten Sitzung schlug die Wahlkommission den 15. Oktober als neues Datum vor. Die Demokraten, die Chart Thai und die Mahachon haben alle von der Wahlkommission einberufenen Sitzungen mit der Begründung boykottiert, dass die Kommission in Anbetracht ihres dürftigen Auftretens bei der Abhaltung der kurzfristig einberufenen Wahlen vom 2. April, die das Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte, ihre gesamte Glaubwürdigkeit als unabhängiges Gremium verloren hätte. Der stellvertretende Premier berichtete Reportern, dass der königliche Erlass für die neue Wahl am 24. August erteilt werden würde. Weiterhin sagte Visanu, dass der neue Wahltermin allen gegenüber fair sei, weil er den politischen Parteien genügend Zeit gebe, sich auf die Wahlen vorzubereiten. Er fügte hinzu, dass die Politiker von heute (30. Mai) an neun Tage Zeit hätten, um zu einer neuen Partei zu wechseln.

vgl. The Nation, 30.5.2006

Politik beeinträchtigt wirtschaftliche Entwicklung

Die Asienkrise des Jahres 1997, die in Thailand ihren Ursprung nahm, erschütterte das Vertrauen ausländischer Unternehmen und Investoren in das Land. Doch in den folgenden Jahren hat es das Land geschafft, durch einschneidende Reformen ein stabiles Wirtschaftswachstum zu erreichen, das wiederum für Vertrauen und ausländisches Kapital sorgte. Doch dieses Vertrauen droht das Land derzeit wieder einzubüßen. Einer der Hauptgründe für das schwindende Vertrauen ist, neben den anhaltenden Unruhen im Süden des Landes, die autoritäre und strenge Führung des noch amtierenden Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra. Dieser hat zwar mit seinem strengen Führungsstil aus Thailand eine Oase der Stabilität in Südostasien gemacht, doch gleichzeitig gesellschaftliche Unruhen provoziert. Als ökonomische Folgen sank nun nicht nur das Vertrauen ausländischer Investoren, sondern auch der Konsumentenindex des Binnenlandes ist derzeit auf ein Vier-Jahres-Tief zurückgegangen. Hinzu kommt die Konkurrenz aus China. Zwar lag das Wachstum der thailändischen Exporte im ersten Quartal 2006 bei 17,9 Prozent, doch gerade auf dem Elektroniksektor büßen thailändische Unternehmen immer

mehr an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der chinesischen Branche ein. Diesem Prozess wird auch das jüngst abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen Thailand und China kaum entgegenwirken können. Auch sank Thailands Wirtschaftswachstum, das 2004 noch bei sechs Prozent lag, letztes Jahr auf knapp vier Prozent. Allerdings sehen politische und wirtschaftliche Analysten noch Chancen für die thailändische Wirtschaft. So stellten sie fest, dass Thailand für ausländische Investoren immer noch ein interessanter Standort ist. Dies liegt zum einen an der guten Infrastruktur des Landes und der hohen Bildung der Arbeitskräfte und zum anderen an der Stabilität des Baht und der Börse. Ausländische Unternehmen halten sich dennoch auf Distanz und beobachten zunächst die politische Entwicklung der nächsten Monate. »Ohne funktionierende Regierung bis Ende des Jahres wird Thailand ein Jahr verlieren, in dem es sein Wirtschaftswachstum auf sechs Prozent halten könnte«, so Christa Jajic, Ökonomin bei USB Securities in Singapur.

vgl. Atimes 12.5.2006; BP 13.5.2006

Bombenanschlag im Süden

Mitte Mai 2006 detonierte vor einem Teehandel in der südlichen Provinz Pattani eine Bombe und tötete drei Menschen, darunter eine im fünften Monat schwangere Frau. Die beiden anderen Opfer waren ein Lehrer und ein Soldat. Der Sprengkörper war in einem Motorrad platziert, das von einem jugendlichen Täter vor dem Laden geparkt wurde. Nur wenige Tage nach der Tat nahm die Polizei fünf

Verdächtige fest, denen die Tat schnell nachgewiesen werden konnte. Nach Angaben von Pattanis Provinzgouverneur Panu Uthairat gehörten die fünf einem bekannten terroristischen Netzwerk an, das sich in der Vergangenheit bereits für mehrere Attentate verantwortlich zeigte.

vgl. The Nation, 14.5.2006

Sichere Abfertigung prominenter Staatsgäste

Im Vorfeld des 60. Jubiläums der Thronbesteigung von König Bhumibol Adulyadej bereitet sich der Internationale Flughafen Bangkok auf die sichere Abfertigung prominenter Staatsgäste vor. Angestellte der Flugsicherung weisen darauf hin, dass Abflug- und Ankunftszeiten vieler Flugzeuge von Staatsgästen erst in letzter Minute bekannt gegeben werden, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Für königliche Gäste muss gar der gesamte Luftraum über Bangkok für bis zu 45 Minuten gesperrt und die Sicherheitsmaßnahmen im Flughafen vervielfacht werden.

Erwartet werden die Könige von Brunei, Swaziland, Monaco, Japan, Lesotho, Nepal, Schweden, Qatar, Jordanien, Bahrain, Kuwait, Luxemburg, Malaysia und Kambodscha. Außerdem haben sich königliche Delegationen aus den Niederlanden, Liechtenstein, Bhutan, Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Spanien, Belgien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Tonga, Saudi Arabien und Marokko angemeldet.

vgl. BP, 23.5.2006

Majestätsbeleidigung soll neu verhandelt werden

Der buddhistische Gelehrte und Publizist Sulak Sivaraksa verlangt eine Auflockerung der strengen Gesetze gegen Majestätsbeleidigung in Thailand. »Die Monarchie muss sich der Kritik öffnen, sie muss mit der Demokratie übereinstimmen und nicht heilig sein«, so der 73-jährige, der bereits für den Friedensnobelpreis nominiert wurde. »Wenn Thailands Monarchie überleben will, müssen wir die Wahrheit über sie sagen dürfen«, so Sulak weiter. Diese Aussagen, die in Thailand ohnehin gefährlich sind, gewinnen angesichts der Feierlichkeiten zum 60. Jubiläum der Thronbesteigung von König Bhumibol Adulyadej am 9. Juni 2006 an Brisanz. Die Gesetze gegen Majestätsbeleidigung in Thailand, lese majeste genannt, sind die

strengsten weltweit. Wird der König beleidigt (andere Mitglieder des Königshauses sind nicht inbegriffen), drohen Haftstrafen von bis zu 15 Jahren. Sulak selbst saß schon zwei Mal wegen Aussagen in Haft, die von Gerichten als beleidigend interpretiert wurden. Dennoch schrieb er ein Buch unter dem Titel »Loyalty Demands Dissent« (Loyalität verlangt Dissens), in dem er über freie Meinungsäußerung, auch über das Königshaus, schrieb. David Streckfuss, amerikanischer Thailandexperte, sagte über Sulak: »Er versucht, solche Themen zum Teil eines normalen Diskurses zu machen.«

vgl. Asia Times, 20.5.2006

Schulen streng bewacht

Als im Mai 2006 das neue Schuljahr begann, gingen viele Lehrer und Schüler aus den südlichen Provinzen besorgt und verängstigt in die Schulen. Dies lag an den zunehmenden Angriffen islamistischer Terroristen auf buddhistische Schulen, bei denen viele Menschen ihr Leben lassen mussten. Seit diesem Schuljahr werden daher zum Schutz der Schüler und Lehrer Soldaten und Polizisten eingesetzt. Einheiten von zehn Polizisten, acht Soldaten und einem Militärarzt sind für fünf Schulen eines Bezirkes in den südlichen Provinzen verantwortlich. Sie patrouillieren während der Schulzeit das ihnen zugeordnete Gebiet ab und eskortieren Lehrer auf ihren Arbeitswegen von und zu den Schulen. Allerdings war diese strenge Bewachung bisher nicht in der Lage, Schüler wie Lehrer zu beruhigen. Direktoren von Kindergärten und Schulen begrüßten zwar im Allgemeinen die Präsenz der Sicherheitskräfte, wünschten sich diese jedoch mehr in den Hintergrund, da sie beobachtet hatten, dass sich viele Schüler durch ihre Anwesenheit noch unsicherer fühlen würden.

vgl. BP, 5.5.2006

Arbeiter ermordet

Als ein buddhistischer Arbeiter auf seinem Motorrad in der südlichen Provinz Pattani im Mai 2006 zur Arbeit fuhr, wurde er von mehreren Angreifern erschossen. Der zuständige Generalmajor sagte, die maskierten Terroristen hätten zunächst das Feuer auf ihn eröffnet und anschließend sein Motorrad in Brand gesetzt. »Dies war eine sehr grausame Tat«, so der Militär weiter.

vgl. BBC, 22.5.2006